

Mythen bei; er wirkt bereits seit den ersten Nachkriegsproduktionen gleichzeitig auch an seiner Dekonstruktion aktiv mit und fungiert somit als Medium, das zum Entwurf und der Diskussion neuer Geschichtsbilder in der Gesellschaft beiträgt.

Christoph Vatter

1 *Le syndrome de Vichy de 1944 à nos jours*, Paris 1990.

Martin Frenzel: Neue Wege der Sozialdemokratie. Dänemark und Deutschland im Vergleich (1982–2002), Deutscher Universitätsverlag, Wiesbaden 2002, XVII, 379 S.

Sozialdemokratie war immer Programmpartei! Sie hat den bürgerlichen Parteien den Wettbewerb um die „gute neue“ Gesellschaft aufgezwungen, gegen den sich jene ein ganzes Jahrhundert mit der Einschränkung des Wahlrechts gewehrt haben. Sie fürchteten, nicht zu Unrecht, das Mittel der Demokratie. Aber die parlamentarische Demokratie hat wiederum die Sozialdemokratie geprägt. Seit hundert Jahren muß man von einer allmählichen Deradikalisierung sprechen. Der Frontalangriff gegen das „kapitalistische System“ (politics against markets) mußte schon früh der Einsicht weichen, daß Verstaatlichung und zentrale Planung nicht funktioniert und nur auf Kosten der Freiheit zu haben ist. „Politics within markets“ schien die einzig erfolgversprechende Strategie den Kapitalismus, den Markt mit den Mitteln der Demokratie zu zähmen. Im „Goldenen Zeitalter“, nach 1945, war das auch einigermaßen gelungen. Alle Parteien, auch die Liberalen, bauten den Wohlfahrtsstaat

aus, zwangen der Wirtschaft Zugeständnisse und Kompromisse ab, die, wie es heute (wieder) heißt, gegen die „ökonomische Vernunft“ waren – und dennoch zu einem bisher unbekanntem Grad von Wohlstand und individuellen Freiheiten geführt hatten. Negative Freiheiten (gegen den Staat) wurden ergänzt durch positive, gleiche Freiheit(sansprüche) gegenüber Staat, Wirtschaft und Gesellschaft (T. S. Marshall).

Dieser soziale und politische Fortschritt („soziale Gerechtigkeit“) wird seit nunmehr 25 Jahren durch den Neoliberalismus attackiert. Im Namen der global zu entfesselnden Freiheiten des Marktes/des Kapitals für mehr Wachstum und höhere Gewinne, im Namen des egoistisch-gierigen Setzens auf sich selbst, geriet Sozialdemokratie in die Globalisierungsfalle. „1989“, völlig irrationale Erwartungen an die „New Economy“ und ein weltweit diffundierendes „pensée unique“ (Bourdieu) in Wirtschaft, Wissenschaft, Politik und Publizistik suggerieren nur eines: demokratische haben gegenüber (entpolitizierenden) Markt-Lösungen zurückzutreten.

Sozialdemokratie als bewußte, politische Korrekturmacht zu Markt und Kapital gibt (sich) auf. „Politics in favour of markets“ heißt die neue Realitätsdeutung: ‘Die Wirtschaft’, das sind immer nur Kapital/Eigentum/ Unternehmen, müssen von lästigen Kostenfaktoren wie Arbeit(slöhnen) entlastet werden – zugunsten des „Ganzen“, des Standorts. „Die Wirtschaft holt sich nun (mit Hilfe der Sozialdemokratie) zurück, was sie in 200 Jahren an die Politik verloren hat!“ – wie es kürzlich ein Altmeister deutscher Politikwissenschaft, Wilhelm Hennis, ausgedrückt hat.

Das etwa ist der grob gezeichnete Hintergrund, vor dem sich Wandel und „Neue Wege“ der Sozialdemokratie genauer orten lassen. Der junge Politologe *Martin Frenzel* macht einen solchen Versuch, er stellt viele Fragen, mehr als er am Ende beantworten kann und will. Aber wer kann schon, wenn er heute Parteienanalyse betreibt, erst recht, wenn es um die Sozialdemokratie geht, so etwas nur mit ruhiger Hand angehen? Schließlich sind wir Zeuge eines fundamentalen „dritten Revisionismus“ und eines Wandels des europäischen, gesellschaftszentrierten zu einem individuenzentrierten Demokratieverständnis, das von einer neuen, „mediokratisch „bestimmten Öffentlichkeit geformt wird.

Wie also und zu welchem Ende soll/kann man Sozialdemokratie studieren, sine ira et studio, wenn bereits seit 20 Jahren Ralf Dahrendorfs Diktum von „Eude der Sozialdemokratie“ (wie wir sie kannten) im Raume steht? Wenn aufwendige empirische Widerlegungen¹ nicht nur überzeugen konnten², aber eine „wunderbare Wendekehr“ Ende der 90er Jahre 13 sozialdemokratische Parteien an die Regierung brachte, von denen nach kurzer Zeit nur noch fünf übrig geblieben sind? War der von Giddens neu erfundene „dritte Weg“, oder die Neue Mitte nur eine Chimäre? Befördert von spin-doctors, Kampas oder neugierigkeitsbesessenen Medien? Fragen, die auch *Frenzel* in seiner Mainzer Magisterarbeit stellt; er will die „neuen Wege der Sozialdemokratie“ exemplarisch und in detail in einem eher ungewöhnlichen Vergleich der deutschen und dänischen Sozialdemokratie abschreiten; er möchte, bei spürbarer Sympathie für den dänischen dritten Weg, zeigen, daß das von H. Kit-

schell³ benannte dreifache Dilemma der Sozialdemokratie (das politisch-ökonomische, das elektorale und das organisatorische) von der dänischen Sozialdemokratie so erfolgreich gehandhabt wurde, daß diese als „Vorbild für eine SPD 2000plus“ dienen könne. Nicht ganz zu Unrecht hebt *Frenzel* dabei die Rehabilitierung der in der Parteienforschung „an den Rand gedrängten Programmanalyse“ (S. 5) hervor, die die bisher dominierenden Organisations- (Wiesendahl) und Machtressourcen (Merkel) Ansätze ergänzen müsse.

Beide Parteien mußten 1982 in die Opposition; aber, so fragt *Frenzel*, warum gelang es der dänischen Partei so viel früher (1993) an die Macht zurückzukehren? Und wie ist der Erfolg des dänischen Jobwunders, der Strategie des „aktivierenden Sozialstaats“ und einer konsistenten Ökopolitik gegenüber der doch eher mageren Bilanz der rot-grünen Regierungspolitik zu erklären? So überzeugend *Frenzel* auf die Fakten erfolgreicher Arbeitsmarkt-, Öko- und Haushaltssanierungspolitik verweisen und das der klugen Strategiewahl und einem „schlüssigem programmatischen Gesamtkonzept“ der Parteieliten zuschreiben kann, so wenig kann der „Vergleich“ überzeugen. Denn *Frenzel* unternimmt ja nicht nur eine ex-post Analyse sozialdemokratischer politics und policies, er möchte auch orientierende Empfehlungen an die deutsche SPD geben und darüber hinaus Szenarien für die Zukunft einer europäischen Sozialdemokratie damit verbinden. So wünschenswert und richtig letztere Option auch sein mag, konsistent ließe sich das nur diskutieren, wenn man sich auf *Frenzels* Prämisse einläßt, warum es denn der dänischen

Sozialdemokratie so viel besser gelungen ist, „einen programmatischen Wandel im Hinblick auf die nötige Anpassung an neue Herausforderungen wie die neoliberale Hegemonie und die Globalisierung zu verwirklichen“. Zum zweiten muß man sich auf eine Prämisse einlassen, die man vereinfacht als den vohntaristischen Ansatz der Parteienforschung bezeichnen kann. Auf der ersten Seite seines Buches schlägt sich *Frenzel* mit Aplomb auf die Seite eines hervorragenden Vertreters dieser Richtung – H. Kitschelt. Mit diesem geht er von der Überlegung aus, „daß die je eigene Strategiewahl und die Bestimmung ihrer Ziele (seitens der Parteieliten – Ch. F.) am Ende weit wichtiger sind für die Zukunft der Sozialdemokratie als die externen sozialen, ökonomischen und institutionellen Bedingungen.“ – Das aber ist eine *quid pro quo* Argumentation. Nur wenn man „Neoliberalismus“ als unhintergebares Faktum und die von ihm erzeugten Problemlagen für alle westlichen Länder als gleich gegeben betrachtet, könnte man von einer autonomen Strategiewahl der Akteure sprechen, im Sinne von: Wie passe ich mich am besten an die Herausforderungen der neoliberalen Hegemonie an? Selbst der Anpassungsprozeß findet doch unter den vorgefundenen Bedingungen statt, und damit werden auch die „Bestimmungen der Ziele“ zwar präformiert, aber keineswegs ohne Berücksichtigung der je spezifischen nationalen Gegebenheiten vorgenommen werden können. Für den deutschen, den Fall SPD, liegen also die Einwände auf der Hand. Ohne das Jahrhundert-Ereignis „Wiedervereinigung“ wäre die SPD wahrscheinlich auch schon früher an die Macht zurückgekehrt, allerdings

noch mit dem vor 1989 durchaus „modernen“ ökosozialen Berliner Programm; und das Lafontainesche Wahlprogramm von 1990 hatte durchaus schon Anpassungsformen in Richtung „mehr Markt“ erkennen lassen. Dennoch, der neoliberale Anpassungsprozeß wurde durch die „keynesianische“ Arbeitsmarkt-Politik der christlich-liberalen Koalition und deren Schuldenmachen, auch, um die überraschenden Wahlerfolge im Osten zu sichern, verzögert. Nicht zu vergessen, die weitaus komplizierteren Aushandlungsinstitutionen des Föderalismus, die starken Verbände und die schiere Größe des Landes. Die enormen Belastungen der jährlichen Transferzahlungen für die Sozialversicherungen, all das macht die Übertragung jeglicher „modellhafter“ Reformen zu einer fragwürdigen Angelegenheit.

Nicht zu vergessen die völlig andere Parteiensystemkonstellation in Dänemark: schon seit 1973 ist das Parteiensystem fragmentiert, die Sozialdemokratie geschwächt, auf die kleine sozialliberale Radikale Venstre angewiesen, da Koalitionen mit der „nicht regierungsfähigen“ sozialistischen Volkspartei nach dem Desaster 1968 ff. unmöglich wurden; es gab keine Grünen, keine starke Christdemokratie, dafür aber inzwischen eine starke rechtsliberale Partei.

Um nicht mißverstanden zu werden: Was *Frenzel* am dänischen dritten Weg fasziniert und was er als einen empfehlenswerten alternativen (fünften) Weg für eine europäische Sozialdemokratie hält, das ist einmal die relativ konsistente, langfristig angelegte Zukunfts-/Gesamtstrategie seitens der auch in Dänemark professionalisierten Parlaments-Parteien-Eliten. Und diese ‚Häutung‘ und Neudefini-

tion von Sozialdemokratie wurde schon in Oppositionszeiten vorgenommen, so wie in Blairs New Labour, und damit widerspricht *Frenzel* gängigen Thesen, daß eine Reform nur unter der Fuchtel und dem Zwang der Partei an der Regierung vorgenommen werden kann.

Zum zweiten aber beeindruckt ihn, daß die „beschleunigte Weiterentwicklung des Wohlfahrtsstaates“ hin zum „selektiven, neouniversalistischen und utilitaristischen Sozialaktivierungsstaat“ doch angesichts notwendiger Anpassung an neoliberale Vorgaben relativ sanft ausgefallen sei; im Gegensatz zu den britischen, neuseeländischen oder niederländischen „Roßkuren“. Allerdings, der bitter-ironische Clou dieser Regierungspolitik folgt 2001. „Erfolg ohne Wählerdank“ – die dänischen Sozialdemokraten verlieren von 36 Prozent sieben Prozentpunkte, die Rechtsliberalen, die Konservativen und die rechtspopulistische Volkspartei erhalten über 52 Prozent der Stimmen. Und das stellt denn doch die Frage nach der konsistenten programmatischen Strategie, nach der Lösung des sozialdemokratischen Trilemmas neu.

Und das betrifft auch *Frenzels*, auf der ersten Seite aufgestellten Behauptung, („Kerngedanke“): „Politische Inhalte und Leitideen gewinnen – zumal im Zeitalter der Globalisierung – wieder wesentlich an Gewicht“; prinzipienloser Pragmatismus habe keine Zukunft mehr! Kann uns ex-post Programmanalyse auch einem Weg in die Zukunft weisen? Und wo lägen denn die programmatischen Ressourcen der Sozialdemokratie, wenn, wie schon festgestellt, gerade vom neoliberalen Paradigma präforuierende Restriktionen ausgehen, die zu allererst sozial-

demokratische Parteien in Dilemmata stürzten, die das Wunder der Wiederkehr schnell verblassen ließen? Schröders zwei Mal hingelegter desaströser Fehlstart – Wahlwerbung mit traditioneller Programmatik und folgender Wende zum Schröder-Blair-Papier bzw. zur Agenda 2010 führten zur massenhaften Enthaltung von Stammwählern und Austritten aus der Partei – sind ein beredtes Beispiel. Wenn Parteien eines nicht dürfen, das hat die empirische Programmforschung erwiesen (Klingemann u. a.), so sind das programmatische Bocksprünge; Parteien sind „historische Wesen“, die nicht ungestraft unter einer linken Hülle auf einmal neoliberale Politik betreiben sollten. An programmatischen Aussagen muß man auch Parteien an der Regierung kontrollieren und messen können, das ist der Kern von demokratischer Politik. Insbesondere das einzige sozialdemokratische Markenzeichen, „soziale Gerechtigkeit“ darf nicht entwertet werden in einer Gesellschaft, die tagtäglich, „systemisch“, neue Ungleichheiten produziert. Die Verteidiger dieser Position, die Liberalen und Konservativen mußten in dieser Hinsicht seit 150 Jahren keine Neubestimmungen vornehmen, wie es von Sozialdemokraten gerade mit der Debatte um „gerechte Ungleichheiten“ getan wird. *Frenzels* durchaus beeindruckender Durchgang durch „programmatische Potentiale“ der Sozialdemokratie (Rawls; Marshall; Negt; Giddens; Bourdieu; Barber; Meyer u. a.) bleibt da merkwürdig unentschieden, sie werden eher referiert als daß eine kritische, konsistente Programmatik kondensiert und auf ihre Anschlußfähigkeit geprüft würde. Sie hängen in der Luft, ihr Stellenwert für

die Untersuchung wird nur am Ende sichtbar, wenn es um (optimistische) Ansätze für einen sozialdemokratischen „Politikmodus auf europäischer Ebene“ geht. Eine Politik der Neuen Mitte ist der gemischten Klientel der Sozialdemokratie nur schwer zu vermitteln, es sei denn, man gibt das untere Drittel auf und widerspricht dem neu formulierten Anspruch, alle zu inkludieren – und sei es durch Propagierung eines Niedriglohnssektors.

Den Sozialdemokraten ist noch gar nicht die politisch-kulturelle Bedeutung des Crash der New Economy aufgegangen. Entblößt aller programmatischen oder gar theoretischen Werkzeuge zur Analyse des verheerenden Wirkungen ansetzenden globalen Kapitalismus, suchen Sozialdemokraten die Schuld bei sich selber, der Politik oder der Demokratie und gehen damit den marktradikalen Dogmatikern auf den Leim. Selbst sehr gemäßigte Forscher wie P. Lösche fühlen sich bemüßigt, erneut zu fragen, ob sich Europas Sozialdemokraten im Niedergang befänden; obwohl die „alte soziale Frage“ in neuem Gewand wieder auf der politischen Bühne steht und das „Verhältnis von Kapital und Arbeit zu mehr Widersprüchlichkeiten führt denn je“⁴, bewegen sie sich auf die Position des „politics in favour of markets“ zu, wo die erwähnten sozialdemokratischen Programm-Ressourcen schwerlich greifen. Geradezu im Gegensatz zu Kitschels Diktum, hätte *Frenzel* die „externen, sozialen, ökonomischen und institutionellen Bedingungen“ ins Feld führen müssen. Nur dann ergibt auch programmatische Analyse einen Sinn.

Dennoch, auch im Widerspruch kann man viel aus *Frenzels* Analyse lernen, auch wenn sie mit unsäglichen

Druckfehlern, stehengebliebenen Wiederholungen etc. spüren läßt, daß er noch nicht ganz fertig war – auf der Suche nach Neuen Wegen.

Christian Fenner

- 1 K. Armingeon, Sozialdemokratie am Ende?, in: ÖZP 4 (1989), S. 321-346; W. Merkel, Ende der Sozialdemokratie?, Frankfurt a. M. 1993; H. P. Kitschelt, Transformation of European Social Democracy, Cambridge 1994.
- 2 Ch. Fenner, Das Ende der Sozialdemokratie – beschleunigt durch die Einigung? – „1989“?, in: *Comparativ* 4 (1994) 1, S. 57-79; ders., Parteiensystem und Politischer Kultur, Schweden im Vergleich mit Perspektive, Berlin 1998, Schlußkapitel.
- 3 H. Kitschelt (Anm. 1).
- 4 P. Lösche in: *Blätter f. deutsche u. internationale Politik* 2/03, S. 215f.

Franz Ansprenger: Geschichte Afrikas, Beck, München 2002, 128 S.

Die Geschichte Afrikas von der Steinzeit bis in die Gegenwart in einem schmalen Büchlein von wenig mehr als 100 Seiten zu erzählen, ist ein Wagnis. Das bemerkt *Franz Ansprenger* schon in der Einleitung und beantwortet die Frage, warum er es dennoch unternommen hätte, gleich mit: Einmal mehr gilt es, gegen den noch immer in europäischen Köpfen verwurzelten Mythos von Afrika als geschichtslosem Kontinent anzuschreiben. Dieses Leitmotiv zieht sich als roter Faden durch das Buch. Dem vorkolonialen Afrika wird demgemäß viel Platz eingeräumt. Ein ganzes Kapitel befaßt sich mit der Geschichte Äthiopiens, ein weiteres widmet sich der Entwicklung „selbständiger“ afrikani-